

RESOLUTION

Bern, 19. November 2021

SGB-DELEGIERTENVERSAMMLUNG

EINKOMMENSPROBLEME DER ARBEITNEHMENDEN LÖSEN – KEINE NEUEN PRIVILEGIEN FÜR DIE GROSSVERDIENER

Viele Arbeitnehmende haben immer grössere Mühe, mit dem Einkommen über die Runden zu kommen. Die Belastung durch die Krankenkassenprämien ist zunehmend unerträglich geworden. Die Löhne hinken der Wirtschaftsentwicklung hinterher. JedeR 6. ArbeitnehmerIn hat nicht einmal einen 13. Monatslohn. Bei den Renten geht es sogar abwärts, weil die Pensionskassenrenten unter Druck sind.

Statt diese Probleme anzugehen, arbeiten Bundesrat und Parlament in die Gegenrichtung. Sie planen Steuersenkungen von rund 3 Mrd. Fr. pro Jahr für Vermögende, GutverdienerInnen und Unternehmen sowie Verschlechterungen in der Altersvorsorge. Die zunehmend unerträgliche Prämienlast in der Krankenversicherung wird hingegen nicht angepackt.

Diese Politik ist für den SGB nicht akzeptabel. Die Lage der Arbeitnehmenden muss sich verbessern und nicht verschlechtern.

- Es braucht mehr Prämienverbilligungen in der Krankenversicherung, so dass niemand mehr als 10 Prozent des Einkommens für die Prämien ausgeben muss. Wie das die Prämien-Entlastungs-Initiative verlangt.
- Die Rentenprobleme müssen gelöst werden. Der SGB fordert eine 13. AHV-Rente. Rentenverschlechterungen (höheres Frauenrentenalter und Rentensenkungen) und neue Steuerprivilegien für die 3. Säule wird er bekämpfen.
- Die Löhne müssen steigen. Es braucht mehr GAV und einen 13. Monatslohn für alle. Der SGB und seine Verbände gehen lohnpolitisch in die Offensive.
- Die von Bundesrat und Parlament geplanten Steuererleichterungen bei der Stempelabgabe, der Verrechnungssteuer und der direkten Bundessteuer sind nicht akzeptabel. Der SGB lehnt sie klar ab und wird sie bekämpfen.